

Die Lage der österreichischen Gemeindefinanzen

von Tobias Jakober – Zusammenfassung zum Vortrag im Rahmen der PRO SCIENTIA Abend-Session am 18. November 2025 in Innsbruck

Angesichts der aktuellen Budgetkonsolidierung in Österreich wird immer wieder von Verantwortlichkeiten des Bundes, der Länder aber auch der Gemeinden gesprochen, gemeinsam das Defizit zu reduzieren. Nach der Vereinbarung des Stabilitätspakts aus dem Jahr 2012, sind die Gemeinden dazu angehalten, einem ausgeglichenen Haushaltspfad zu folgen – d.h. sie sollen kein Defizit machen. Das Defizit der Gemeinden (ohne Wien) belief sich im Jahr 2024 dennoch auf knapp eine Milliarde Euro (Biwald und Mitterer 2025). Gleichzeitig häufen sich die Berichte über Gemeinden in Österreich, die unter zunehmend knappen Kassen leiden. Die folgende Erörterung soll Einblick in die Lage der österreichischen Gemeindefinanzen geben – welche Entwicklungen zu der gegenwärtigen Situation geführt haben und welche Lösungsansätze es gibt.

Ausgaben und Einnahmen einer Gemeinde

Die Mittel einer Gemeinde speisen sich zu etwa einem Drittel aus ihren Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (v.a. Einkommenssteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftssteuer), zu knapp 40% aus eigenen Abgaben (Kommunalsteuer, Grundsteuer, Gebühren) sowie aus Transfers und Zuschüssen von Land und Bund (Österreichischer Städtebund/KDZ 2025, 15f.).

Ausgegeben wird dieses Geld zu einem Großteil für Dienstleistungen (Abwasser, Wasserversorgung, Entsorgung, Straßenreinigung etc.), weiters für Schulerhaltung und Kinderbetreuung, für Gesundheit, Krankenhäuser und Soziales über Umlagen an das Land. Zu einem geringeren Teil auch für Verkehr, Wirtschaftsförderung oder Kultur (Österreichischer Städtebund/KDZ 2025, 18).

Schere zwischen Ausgaben- und Einnahmenentwicklung

Es kommen mehrere Dynamiken von höherer Ebene zusammen, die sich negativ auf den Finanzspielraum der Gemeinden auswirkt. Zum einen ist da der Demographische Wandel zu nennen, der höhere Ausgaben für Pflege und Gesundheit mit sich bringt – diese werden in Form von steigenden Umlagen von den Bundesländern zur Kofinanzierung der entsprechenden Bereiche eingehoben. Mittlerweile beläuft sich der Anteil der Gemeindemittel, den die Länder in Form von Umlagen einbehalten, auf über die Hälfte der Ertragsanteile der Gemeinden., gemäß Gemeindefinanzprognose wird sich das bis 2028 auf über 60% steigern (Österreichischer Städtebund/KDZ 2025, 60).

Weitere Ursache für gestiegene Ausgaben sind der Ausbau der Kindergärten und Nachmittagsbetreuung in Ganztagschulen. Für Personal und Gebäudeerhaltung sind die Gemeinden zuständig (Österreichischer Städtebund/KDZ 2025, 22). Ein weiterer großer Posten sind Personalkosten sowohl im Betreuungsbereich, aber auch in der Verwaltung – mit den Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre haben sich die Ausgaben hierfür bedeutend gesteigert.

Gleichzeitig stagnieren jedoch die Einnahmen aus den Ertragsanteilen sowie aus der Kommunalsteuer wegen der rezessiven wirtschaftlichen Lage. Hinzu kommen Steuerreformen ohne Gegenfinanzierung, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression, die die Ertragsanteile auch in Zukunft weiter drücken werden (Österreichischer Städtebund/KDZ 2025, 9).

Auswege aus der Misere

Wachsende Investitions- und Zuschussbedarfe aufgrund von demographischer Entwicklung sowie Klimaschutz und Klimawandelanpassung stehen einem Konsolidierungsimperativ im Gesamtstaat gegenüber. Eine Erfüllung politisch gewünschter Aufgaben (Ausbau Kinderbetreuung, thermische Sanierung etc.) muss – wenn keine Umstrukturierung im Bundesfinanzausgleich erfolgt – zu Leistungskürzungen führen (Österreichischer Städtebund/KDZ 2025, 60).

Es stehen einige Vorschläge im Raum, wie die negativen Auswirkungen auf die Bereitstellung kommunale Dienstleistungen minimiert werden könnten. Diese sind sowohl auf der Einnahmen-, der Ausgaben- aber auch auf der Aufgabenseite zu verorten.

Allgemein lassen sich die Strategien von Kommunen bei Kürzungen Hastings et al. (2015) zufolge in drei Hauptkategorien einteilen: 1) Effizienz, d.h. Einsparungen in den Verwaltungskosten durch Kooperationen, Reorganisation etc. 2) Kürzungen bei kommunalen Ausgaben, z.B. für freiwillige Leistungen in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport oder durch Neuverhandlung dessen, was als öffentliche Aufgabe angesehen wird. 3) Investitionen, Offensivmaßnahmen, die nach anfänglichen Mehrkosten, mittel- bis langfristig Ausgaben senken oder Einnahmen erhöhen, beispielsweise dezentrale Energieversorgung oder Ansiedelung neuer Betriebe.

Einnahmenseitig wird schon lange eine Reform der Grundsteuer gefordert, die auf Bemessungswerten aus den 1980er Jahren basiert, die mit den gegenwärtigen Immobilienwerten nicht mehr kongruieren. Weiters wird eine stärkere Nutzerfinanzierung für kommunale bzw. öffentliche Dienstleistungen diskutiert, beispielsweise höhere Gebühren für Kinderbetreuung, Abfallbeseitigung etc. (Österreichischer Städtebund/KDZ 2025, 62).

Im Allgemeinen finden sich in der Literatur zwei Narrative, was das Framing von kommunalen Strategien angesichts von Sparimperativen und Kürzungen angeht (Hastings et al. 2025, 602f.): Zum einen wird die Anpassungsfähigkeit von Kommunen hervorgehoben, die durch notwendige Einsparungen effizienter werden und innovative Wege zur Erbringung der kommunalen Daseinsvorsorge finden. Auf der anderen Seite werden die negativen Konsequenzen – vor allem bei fortdauernden Sparzwängen – für die kommunalen Dienstleistungen gesehen, langfristige und hohe Einsparungen ließen nach der Ausschöpfung von Effizienzgewinnen die kommunale Aufgabenerfüllung erodieren.

Quellen

Biwald, Peter und Karoline Mitterer (2025): Gemeindefinanzprognose Mai 2025 –

Leistungskürzungen stehen am Plan. Öffentliche Finanzen und Föderalismus, Blog.

URL: <https://www.kdz.eu/de/gemeindefinanzprognose-mai-2025> (Zugriff am 25.11.2025)

Hastings, Annette, Nick Bailey, Maria Gannon, Kirsten Besemer und Glen Bramley (2015): Coping with the Cuts? The Management of the Worst Financial Settlement in Living Memory. Local Government Studies, Vol.41(4), 601-621.

KDZ/Österreichischer Städtebund (2025): Österreichische Gemeindefinanzen 2025 – Entwicklungen 2014 bis 2028. Schriftenreihe des Österreichischen Städtebundes. Mai 2025.